

Antrag

der Abgeordneten Daniel Föst, Frank Sitta, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Christine Aschenberg-Dugnus, Nicole Bauer, Jens Beeck, Nicola Beer, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Mario Brandenburg, Dr. Marco Buschmann, Carl-Julius Cronenberg, Britta Katharina Dassler, Hartmut Ebbing, Dr. Marcus Faber, Thomas Hacker, Katrin Helling-Plahr, Markus Herbrand, Torsten Herbst, Katja Hessel, Dr. Gero Hocker, Manuel Höferlin, Dr. Christoph Hoffmann, Reinhard Houben, Olaf in der Beek, Gyde Jensen, Dr. Christian Jung, Thomas L. Kemmerich, Dr. Marcel Klinge, Daniela Kluckert, Pascal Kober, Dr. Lukas Köhler, Carina Konrad, Konstantin Kuhle, Alexander Graf Lambsdorff, Ulrich Lechte, Michael Georg Link, Till Mansmann, Alexander Müller, Roman Müller-Böhm, Frank Müller-Rosentritt, Dr. Martin Neumann, Hagen Reinhold, Bernd Reuther, Dr. Stefan Ruppert, Dr. Wieland Schinnenburg, Matthias Seestern-Pauly, Judith Skudelny, Bettina Stark-Watzinger, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Benjamin Strasser, Katja Suding, Michael Theurer, Stephan Thomae, Manfred Todtenhausen, Johannes Vogel (Olpe), Sandra Weeser, Nicole Westig und der Fraktion der FDP

Smart Building – Ein Update für den Wohnungsbau

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Ohne die Leistung der deutschen Bauwirtschaft ist der Wohnungsmangel in Deutschland nicht zu bewältigen. Knapp 780 Wohnungen pro Tag werden im Durchschnitt bundesweit fertiggestellt. Jahr für Jahr steigert die Bauwirtschaft ihre Kapazitäten an Aufträgen, Fertigstellungen, Arbeitsstunden und Beschäftigten. Trotz umfassender Bautätigkeit reicht das Volumen jedoch bei weitem nicht aus, um die hohe Nachfrage nach Wohnraum zu befriedigen. Wie in vielen anderen Branchen liegen auch für die Bauwirtschaft in der Digitalisierung immense Potentiale zur Freisetzung von neuen Kapazitäten und damit auch für mehr und bezahlbaren Wohnraum.

Digitalisierung nutzen – Kapazitäten steigern

Diese Potentiale werden bisher nur wenig genutzt. Die Bauwirtschaft gehört in Deutschland laut dem Industrie-Digitalisierungsindex des McKinsey Global Institute zu den am wenigsten digitalisierten Branchen überhaupt. Zwar werden immer mehr digitale Werkzeuge bei Planung, Errichtung und Betrieb eingesetzt, doch gerade die Weiternutzung der existierenden Daten ist bisher unzureichend.

Wirtschaft und Wissenschaft sehen vor allem die Methode Building Information Modeling (BIM) als eine große Chance, in der gesamten Wertschöpfungskette Bau Geschäftsprozesse zu beschleunigen, effizienter und transparenter zu machen. BIM bietet tiefgreifende Möglichkeiten zur Computerunterstützung bei Planung, Bau und Betrieb von Bauwerken, da Bauwerksinformationen in Form eines umfassenden digitalen Bauwerksmodells erstellt,

vorgehalten und weitergegeben werden. Die Koordination der Planung, die Anbindung von Simulationen, die Steuerung des Bauablaufs und die Übergabe von Gebäudeinformationen an den Betreiber können dadurch deutlich verbessert, sowie aufwändige und fehleranfällige Arbeiten vermieden werden. BIM verspricht einen Zuwachs an Produktivität und Qualität. Kleine und mittlere Bauunternehmer können über die bestehende KMU-Förderung an diesen innovativen Entwicklungen teilhaben, ohne wirtschaftlich überfordert zu werden.

Bauherr Bund als Vorbild

Der öffentlichen Hand kommt als großer Auftraggeber bei Implementierung von BIM eine besondere Vorbildrolle zu. Beim Infrastrukturbau hat die Bundesregierung einen ambitionierten Plan zur Digitalisierung des Planens und Bauens vorgelegt und scheint bemüht, die Methodik bis 2020 umfassend einzuführen. Eine Fülle von Pilot-, Forschungs- und Standardisierungsprojekten unterlegt dieses Bestreben, wobei aufgrund undurchsichtiger Zuständigkeiten verschiedener Ministerien und parallel aufgebauter Kompetenzzentren Zweifel an der ausreichenden Koordinierung der Ergebnisse bestehen bleiben.

Beim Bundeshochbau verzichtet die Bundesregierung dagegen auf konkrete Meilensteine im Zuge der digitalen Transformation. Konkrete Resultate der wenigen Pilotprojekte sind bisher nicht bekannt. Auch der Erlass zur Prüfung der Anwendung von BIM vom 16.01.2017 hat bis heute keine verwertbaren Ergebnisse erbracht. Statt schnell und umfangreich praktische Erfahrungen zu sammeln, sollen in einem langwierigen Forschungsprojekt zunächst bis zum Jahr 2019 „Forschungslücken identifiziert“ werden. Diese sollen also erst danach geschlossen werden. Das ist nicht ausreichend. Andere Länder wie das Vereinigte Königreich oder Norwegen sind längst so weit, auch und gerade im Hochbau standardmäßig die Methode BIM anzuwenden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

1. unverzüglich den für Infrastrukturbauten entwickelten Stufenplan Digitales Planen und Bauen auf die Hochbauten des Bundes zu übertragen, um spätestens ab 2022 bei neu zu planenden Hochbauten des Bundes die Anwendung von BIM verpflichtend einzuführen“,
2. die Parallelstrukturen bei den BIM-Kompetenzzentren des Bundes aufzulösen und das „Mittelstand 4.0 Kompetenzzentrum Planen und Bauen“ sowie das BIM-Kompetenzzentrum des Bundes mit dem ausgeschriebenen gemeinsamen Kompetenzzentrum des Innen- und Verkehrsministeriums zusammenzuführen“,
3. in der anstehenden Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern zur sozialen Wohnraumförderung die Anwendung von BIM für den Neubau von Mehrfamilienhäusern ab 50 Wohneinheiten zur Förderbedingung zu machen.

Berlin, den 15. Oktober 2019

Christian Lindner und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.